

Europa abschotten? Offene Grenzen? Kompromisse?

Hilfe verhindern!

„Absaufen lassen!“ (Dresden)

Wirtschaftsflüchtlinge zurückschicken!

Fluchtursachen bekämpfen!

Bleiberecht für alle?!

Festung Europa!?

Sichere Herkunftsländer (Algerien?)

Willkommenskultur?

Internationale Solidarität?

Neoliberaler Kosmopolitismus?



"Dieses Foto" von Unbekannter Autor ist lizenziert gemäß [CC BY-NC-ND](#)

Migration: Flüchtlinge aus außereuropäischen Krisengebieten (Afrika, Asien)

Zahlen der Migration weltweit und nach Europa/Deutschland

Aus einem Aufsatz von Seyla Benhabib, nach Angaben des Global Migration Trends Factsheet und UNHCR:

weltweit:

2015 um **41 %** auf **244 Mio.** Migranten gestiegen

2017 sind es **257, 7 Mio.**

Nach **absoluter Zahl** und im **Verhältnis zur Weltbevölkerung: 3, 1%**

Anstieg der Migrantenzahlen höher als das Wachstum der Weltbevölkerung

Wachstum Weltbevölkerung zwischen **2000 und 2017:**

16 % von **6** auf **7 Milliarden**

Zuwachsrate der intern. Migration im gleichen Zeitraum beträgt:

50 % von **175** auf **257, 7 Mio.**

„Diese Zunahme weltweiter Migrationsbewegungen führte zu einer Situation, die Saskia Sassen einen ‘Kontrollverlust’ des Staates nennt. Dieses Empfinden, wir hätten es mit einer Situation schwindender Kontrolle zu tun, das zudem von rechten Populisten ausgenutzt worden ist, ruft das weit verbreitete Gefühl von Kris und Dringlichkeit hervor. Wir beobachten zwar eine beschleunigte Verbreitung von Migrationsbewegungen, doch die absoluten Zahlen geben keinen Anlass für die landläufigen Panik- und Angstgefühle, die diese Migrantenströme ausgelöst haben“ (Benhabib, Bl. 9/18, S. 96)

Migranten in Europa:

77,9 Mio.

7,5 % Nicht-EU-Bürger

Die andere Hälfte sind EU-Binnenmigranten.

Migrantenzahlen nach einzelnen Ländern:

Luxemburg: 40%

Frankreich: 7%

Deutschland: 14- 16%

Ungarn: 5%

Bulgarien: 5%

Österreich: 14- 16%

Die Zahl der **Asylanträge** in EU-Mitgliedsstaaten stieg zwischen 2006 und 2016 von **200 000 pro Jahr** auf **1,2 Mio.** während des Höhepunktes der Flüchtlingsbewegung. 2018 sind es in Deutschland nur 40 000.

Schlussfolgerung:

Seit 15 Jahren findet eine Beschleunigung von Migrations- und Fluchtbewegungen statt, nicht nur in europa, sondern weltweit.
Dadurch hervorgerufen ein Gefühl der Krise.

Innerhalb Europas hängen die Migrationsbewegungen größtenteils nicht mit Flucht und Asyl zusammen, sondern mit dem EU-Vertrag, der den grenzüberschreitenden Verkehr von „Kapital, Waren, Dienstleistungen und Menschen“ ermöglicht.

Die Zunahme grenzüberschreitender Bewegungen hat allerdings sowohl eine Steuerungs- als auch Identitätskrise zur Folge.

Programm der Partei Die Linke,

beschlossen auf dem 2.Parteitag 2011

„Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.“

Leipziger Parteitag, 9.Juni 2018

Aus dem Beschluss: Die Linke – Partei in Bewegung

„Wir fordern die Anerkennung von Umweltzerstörung, Hunger und Landraub als Fluchtursachen.“

„Wir wollen das Sterben im Mittelmeer und an den europäischen Außengrenzen beenden. Dafür brauchen wir sichere, legale Fluchtwege, offene Grenzen Abschiebungen lehnen wir ab.“

Über eine linke Positionierung zur Flüchtlingspolitik und zu Migration

Verwendete Quellen/Texte:

1. Thesenpapier zu einer human und sozial regulierenden linken Einwanderungspolitik. Verfasser*innen sind 19 Abgeordnete und Funktionär*innen der Linkspartei.
2. Auslassung und Suggestion – Wie ein Thesenpapier daran arbeitet, eine realistische Perspektive auf Migration zu verhindern. Verfasser*innen sind mehrere Gewerkschaftssekretär*innen mit und ohne Mitgliedschaft in der Partei Die Linke.
3. Marx hätte das nicht gefallen – Kritik eines Thesenpapiers, das (k)eine ‘linke Einwanderungspolitik’ entwirft. Verfasser ist Fabian Georgi, Politologe an der Universität Marburg.
4. Epochenthema Migration: Die Mosaiklinke in der Zerreißprobe? Verfasser ist Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.
5. Zahlen aus einem Aufsatz von Seyla Benhabib, nach Angaben des Global Migration Trends Factsheet und UNHCR.

Die Texte 1-4 findet man unter www.kommunisten.de/rubriken/deutschland dort: Meinungen

A. Ein Thesenpapier zu einer linken Einwanderungspolitik und die Kritik daran

Versuch einer Gegenüberstellung der sich im Widerstreit befindlichen
Grundpositionen in der Flüchtlingsfrage unter Linken

Thesen und Kritik der Thesen

Die Verfasserinnen und Verfasser der Thesen versuchen für die sog. Wirtschaftsflüchtlinge (Menschen, die vor existenzieller Not aus verschiedenen Ursachen fliehen), die weder vom individuellen Asylrecht noch von der Genfer Flüchtlingsbehörde als berechtigt sowie schutzbedürftig anerkannt sind, eine Einwanderungspolitik zu begründen. Die Kritiker*innen verteidigen den Gedanken der offenen Grenzen und finden es falsch, die zu uns kommenden Menschen in Arbeitsmigrant*innen, Asylbewerber*innen und Kriegsflüchtlinge aufzuteilen.

Inhaltliche Gliederung, angelehnt an das Thesenpapier

1. Wiederherstellung des Asylrechts/Für eine humane Flüchtlingspolitik
2. Einwanderung versus Asylrecht
3. Notwendigkeit, die Einwanderung zu regulieren?
4. Umsetzung und Ausgestaltung der Regulierung von Auswanderung
5. Gesamtgesellschaftliche Folgen von Migrationsprozessen

Wiederherstellung des Asylrechts/Für eine humane Flüchtlingspolitik

Thesen

- Keinerlei Einschränkungen für Menschen in Not, die vor Krieg und politischer Verfolgung fliehen; vollständige Wiederherstellung des Asylrechts.
- Programm zur Seenotrettung
- Massive Erhöhung der Finanzausstattung der UN-Flüchtlingshilfe für eine menschenwürdige Unterbringung in Ländern nahe der Heimatregion.
- Programme zur kontingentierten Aufnahme von Flüchtlingen.
- Herstellung eines Systems einer gerechten Aufteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU.

Kritik der Thesen

- Thesenpapier postuliert ein beschränktes Spektrum von Not (Krieg und politische Verfolgung). Die konkreten Forderungen werden begrüßt.
- Verfolgung). Für Menschen, die z.B. aus Gebieten, in denen eine Dürrekatastrophe herrscht, fliehen, gibt es Einschränkungen.
- Die Autoren entziehen an dieser Stelle wichtige Sachverhalte durch Auslassung der Debatte. Das wiederhole sich im gesamten Text.
- Die Kontingentierung beinhaltet indirekt Obergrenzen.
- Der gesamte Text basiert auf der bürgerlich-liberalen Trennung der politischen und wirtschaftlichen Sphäre.

Einwanderung versus Asylrecht

Thesen

- Abgrenzung Asyl- und Flüchtlingspolitik gegenüber einer Einwanderungspolitik, „die lediglich ein höheres Einkommen erzielen oder einen besseren Lebensstandard genießen wollen.“
- Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit gibt es nicht. Bei Migration, die sozioökonomisch motiviert und insofern nicht alternativlos ist, haben die Aufnahmeländer ein Recht zur Regulierung der Migration.

Kritik der Thesen

- Man kann nicht generell zwischen politischen und ökonomischen Fluchtursachen unterscheiden.
- Das klassische Motiv vom „Wirtschaftsflüchtling“ wird bedient.
- Regulierung bedeutet Setzung von Obergrenzen. Das trägt die Forderung nach Ausgrenzung und Selektion in sich.

Notwendigkeit, die Einwanderung zu regulieren ?

Thesen

- **Unregulierte Zuwanderungen gefährden das nationale soziale Gefüge.**
- **Unregulierte Migration nützt vorrangig dem Kapital.**
- **Politik der offenen Grenzen nimmt die „Destabilisierung der Gesellschaft und eine Schwächung der Kampfbedingungen der Arbeiter*innenklasse“ durch Migration billigend in Kauf.**
- **Die ökonomischen Ressourcen könnten nicht ausreichen.**
- **Eine Politik der der offenen Grenzen oder einer verstärkten „Arbeitsimmigration“ ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln.**

Kritik der Thesen

- Regulierung von Arbeitsmärkten ist nicht mehr durch ihre nationale Begrenzung zu organisieren, sondern durch Universalisierung sozialer und politischer Rechte.
- Verfasser der Thesen stellen die Frage nach einer gesellschaftlichen Umverteilung nicht und setzen den aktuell vorhandenen Verteilungsspielraum als gegeben voraus.
- Die Autor*innen der Thesen argumentieren nicht aus einer Perspektive des gemeinsamen Handelns aller Betroffenen und der Entwicklung solidarischer Beziehungen..
- Grenzschießungen und Regulierungen können wachsende Einwanderung nicht verhindern, wenn der Migrationsdruck zu groß wird.
- Restriktive Einwanderungspolitik wird zu einer Ausweitung illegaler Aufenthalte führen (Folgen: mehr schlechtere Arbeit/Druck auf Löhne).

Notwendigkeit, die Einwanderung zu regulieren?

Fortsetzung

Thesen (Anhang)

- „Offene Grenzen für alle und unbegrenzte Einwanderung, damit jede/r die Chance hat, in den Genuss des hiesigen Lebensstandards zu kommen, kurzschlüssig und weltfremd.“
- „Lebensbedingungen und Rechte der Menschen sind immer konkret im Zusammenhang des Landes zu betrachten und an den Kontext gebunden, in dem sie tatsächlich leben.“
- Richtige Zielsetzung: Lebensverhältnisse weltweit tendenziell angleichen.
- Migration verändert die Zusammensetzung der Arbeiter*innenklasse. Diskrepanzen und Konfliktpotenziale wachsen.

Kritik der Thesen

- „Eine offensive Perspektive des universellen Bleiberechts ist die einzige politisch sinnvolle Antwort auf die aktuelle Situation.“
- Klassenpolitik gemeinsam mit den Migranten entwickeln
- „Aus dem Verteilungskonflikt innerhalb der Unter- und Mittelschicht muss ein Verteilungskonflikt zwischen oben und unten werden“
- Aufgabe der Linken: Solidarische Strukturen schaffen!

Umsetzung und Ausgestaltung der Regulierung von Einwanderung

Thesen

- **Grenzkontrollen sind ein wesentliches Instrument der gesamtgesellschaftlichen Steuerungs- und Gestaltungskompetenz des Staates.**
- **Es geht um die Regulierung der Quantität in einem Maße, dass ein Umschlagen in problematische Qualitäten vermieden wird.**
- **Ausgestaltung angelehnt an entsprechende Vorschläge des DGB 2014 zu „Flucht und Migration“ und Unterstützung von Forderungen des DPWV.**
- **Es soll eine breite Diskussion dazu geführt werden.**

Kritik der Thesen

- **In den Thesen werden die negativen Folgen der Migrationsregulation verschwiegen, vor allem die damit verbundenen Zwangsmaßnahmen.**
- **Tatsächlich bedeutet Regulation Verweigerung von Zutritt, Beendigung oder zumindest Erschwerung des Aufenthaltes.**

Gesamtgesellschaftliche Folgen von Migrationsprozessen

Thesen

Für das Aufnahmeland:

- Die „immer begrenzten ökonomischen Ressourcen und Kapazitäten“ müssen möglichst sinnvoll eingesetzt und ausgebaut werden.
- Die Integration stellt eine nicht zu vernachlässigende Belastung für den Sozialstaat dar.
- Bei „den aktuellen politischen Kräfteverhältnissen“ lassen sich keine „unbegrenzt finanzielle(n) Mittel“ mobilisieren.

Kritik der Thesen

Für das Aufnahmeland:

- Es ist politisch nicht nachvollziehbar, von einer quasi objektiv feststehenden Ressourcenausstattung für die soziale Infrastruktur unter den gegebenen polit. Kräfteverhältnissen auszugehen.
- Die Rede von den nicht vorhandenen unbegrenzten Mitteln ist geeignet das Bild unbegrenzter Zuwanderung aufzurufen.
- „Eine politische Linke, die den aktuellen Verteilungsspielraum als gegeben voraussetzt, kann in keinem Feld mehr solidarische Perspektiven formulieren.“

Gesamtgesellschaftliche Folgen von Migrationsprozessen

Fortsetzung

Thesen

Für das Herkunftsland:

- Abwandern der Fachkräfte aus dem globalen Süden (brain-drain).
- Rücküberweisungen von Migrantinnen in ihre Heimat dienen nicht dem Aufbau des Landes insgesamt, sondern der individuellen Wohlstandsvermehrung (liberale Scheinlösung).
- Die Verhältnisse in den Herkunftsländern und ihren benachbarten Regionen müssen verbessert werden.

Kritik der Thesen

Für das Herkunftsland:

- Bekämpfung von Fluchtursachen und offene Grenzen schließen sich nicht aus.

B. Marx hätte das nicht gefallen

Kritik eines Thesenpapiers, das (k) eine 'linke Einwanderungspolitik' entwirft (Fabian Georgi)

„Anstatt sich an die >Proletarier aller Länder< zu wenden, richtet sich das Papier primär an Lohnabhängige in Deutschland und bleibt unter dem Niveau, das eine linke Reflexion zu Migrationspolitik heute erreichen kann und muss“

1. Der „heutige Kontext von Flucht und Migration – die kapitalistische Vielfachkrise – (bleibt) analytisch unterbelichtet.
2. Die „politische Bedeutung heutiger Flucht- und Migrationsprozesse (wird) nicht erfasst.“
3. Der „zentrale Bezugspunkt des Papier (ist) national borniert, beschränkt sich auf Lohnabhängige und Wähler*innen in Deutschland.“
4. Im Unterschied zur Auffassung der Verfasserinnen des Thesenpapiers „würde globale Bewegungsfreiheit Kräfteverhältnisse emanzipatorisch verschieben.“
5. Die Dilemmata der Migrationspolitik werden benannt, „ohne ihre Aufhebung ernsthaft zu versuchen.“

Der zweite und der dritte Einwand wiederholt die Kritik der Gewerkschaftssekretär*innen und wird mündlich nicht weiter berücksichtigt. Bei den anderen Einwänden gibt es zusätzliche Aspekte der Kritik, die auch grundsätzlicher Natur sind.

1. Kontext von Flucht und Migration:

- Folgen einer kapitalistischen Vielfachkrise
- Kern: globale Überakkumulation von Kapital
- Gründe: vielfältig
- Reaktion auf diese Situation seitens des Kapitals: immer aggressivere Suche nach neuen Möglichkeiten der Verwertung
- Folge: dreifacher Angriff auf Milliarden Menschen: ihre Arbeitskraft, Vertreibungen und Enteignungen sowie als weitere Folge Verteilungskonflikte, Bürgerkriege, Kriege und endemische Gewalt
- Thesenpapier erwähnt diese Zusammenhänge kaum.

4. Globale Bewegungsfreiheit und emanzipatorische Verschiebung des Kräfteverhältnisses:

- Folge globaler Bewegungsfreiheit: „Machtstellung der subalternen Fraktionen der Weltarbeiter*innenklasse (würde) sich dramatisch verbessern“
- „Staaten im globalen Norden hätten so überhaupt erst einen Anreiz, globale Wirtschafts- und Handelsstrukturen zu verändern.“
- Position gegen das Grundprinzip offener Grenzen für alle Fraktionen und Sektionen der Arbeiter*innenklasse nicht zielführend, auch für die privilegierten Teile im Norden nicht.

5. Dilemmata der Migrationspolitik:

- Eine mögliche Lösung sollte „in den Kontext eines sozial-ökologischen Umbaus und der Notwendigkeit einer postkapitalistischen Transformation“ gestellt werden.
- „Eine restriktive Migrationspolitik wird weder den nationalen Sozialstaat retten, noch die Lage von Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Prekären in Deutschland verbessern.“
- Die im Thesenpapier erhobene Forderung Fluchtursachen zu beseitigen, greift zu kurz, da ihre systemischen Folgen nicht reflektiert werden.

C Epochenthema Migration: Die Mosaiklinke in der Zerreißprobe?

Einleitung

Intention und Ziel: Verständigungsgrundlage für eine linke Bündnispolitik

Der Begriff der Mosaiklinken:

„Entstanden ist er im Kontext der klassischen Frage, was unter den Bedingungen des Gegenwartskapitalismus 'links' sei und an welches Subjekt linke Ideen und Hoffnung zu adressieren seien.“

Idee und Perspektive:

Zusammenschluss der kapitalismuskritischen Kräfte mit den Vertreterinnen von gesellschaftlichen Transformationsstrategien.

Die menschenrechtswidrige Migrationspolitik der Regierungskoalition sowie der Gesellschaft. Rechtsruck sind Herausforderung und Ansporn genug für eine linke bündnispolitische Antwort.

Identitätsstiftender Aspekt: Internationalismus und Antifaschismus

Einschätzung der linken Migrationsdebatte:

„Die Migrationsfrage als mosaiklinke Bewährungsprobe“

Spaltungs- und Konfliktlinien, Polarisierung innerhalb der Linkspartei sowie der gesellschaftlichen Linken.

Gefahr der Spaltung: „Die Mosaiklinke droht an der Migrationsfrage zu zerschellen, noch bevor sie sich konstituiert hat.“

Suche nach konsensfähigen Essentials linker Migrationspolitik und Begründung einer neuen Diskurskultur.

Migration ein Epochenthema, Notwendigkeit einer linken Antwort, unabhängig von aktuellen Ereignissen, Fluchtursachen bleiben bestehen.

Die Auseinandersetzung über Migration in Politik und Gesellschaft: „Der Rechtspopulismus der Mitte und das Schweigen der Linken“.

Rechtspopulismus der Mitte (CSU, Teile der CDU) ist „eine bewusste politisch-kulturelle Entgleisung, die in der Nachkriegsgeschichte ihresgleichen sucht“: (Ankerzentren, Auffang- oder Transferlager, Frontex, Kriminalisierung der priv. Seenotrettungsmaßnahmen)

„Moralische Selbstdiskreditierung der Flüchtlingspolitik“ befeuert die politische Rechte rechts der Mitte, die sich als soziale Bewegung formiert hat.

Der trad. linke Sozialreformismus bietet demgegenüber keine progressiven Angebote (Schutz vor Deprivation, zeitgemäße Kollektividentität)

Repräsentationslücke von den Rechtspopulisten genutzt: Umdefinition der sozialen Frage zum Innen-Außen-Konflikt zwischen Deutschen und Migranten.

Auf diese Situation reagiert die Linke gespalten.

Analyse der zwei hauptsächlichsten konträren Positionen 1

„Menschenrechtlicher Universalismus versus sozialstaatliche Solidarität“

Position des menschenrechtlichen Universalismus (Kritiker des Thesenpapiers aus der Linkspartei):

- der allen Menschen ein Recht auf ein gutes Leben zubilligt,
- Menschenrecht für eine uneingeschränkte Migration und offene Grenzen,
- Flüchtlingsinteressen stehen im Mittelpunkt,
- bedingungsloser Antirassismus,
- Narrative Interventionen getragen von globalem Kosmopolitismus und normativem Bekenntnisethos,
- Soz., ökonom., kulturelle Voraussetzungen für die Solidarität im Aufnahmeland werden eher ausgeblendet.

Träger sind: Globalisierungskritiker, prof. Hilfsorganisationen, postmodern-soziale Wissenschaftler, Aktivistinnen aus dem postautonom-libertären Milieus.

Analyse der zwei hauptsächlich konträren Positionen 2

Position der sozialstaatlichen Solidarität (Thesenpapier von Vertreterinnen der Linkspartei):

- aus der Perspektive der nationalen Wohlfahrtsstaaten der kapitalist. Zentren,
- Fokus auf potenzielle und reale Folgen der unregulierten Migration für Arbeitsmärkte und soziale Sicherungssysteme der Aufnahmeländer,
- Adressat die prekarierten von Deklassierung bedrohten Gesellschaftsschichten,
- Tendenzen zu Lokalpatriotismus und Bewahrung von lokaler Identität (Verweis auf Artikel von Wolfgang Streeck in der „Zeit“ vom 21.6.2018, S. 40: Ein Weltbürger ist nirgendwo Bürger)

Träger sind vor allem: Teile der Lohnabhängigen, traditionell linksreformistische Intellektuelle sowie die Strömung in der Linkspartei, die sich für „Aufstehen“ ausspricht.

Diskussionswürdige Argumentationslogik beider Positionen für die plurale Linke, aber mit konfrontativen Aufladungen und Unzulänglichkeiten, die Verständigung erschweren:

Open-Border-Position:

überzeugend darin:

- Empathie für Flüchtlinge
- Sich dem Epochenproblem der Migration mit normativem Elan zu stellen

kritikwürdig ist:

- Indifferenz gegenüber den ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen der universalistischen Solidarität,

Moralischer Rigorismus

„Wenn bereits die Thematisierung der Anstrengungen, die in den Aufnahmeländern zur Subsistenzsicherung der Geflüchteten erbracht wird, als rassistische Problemdefinition tituliert wird, triumphiert intellektuelle Ignoranz über linkes Problembewusstsein.“

Position der sozialstaatlichen Solidarität:

positiv daran:

- Beachtung der materiellen und kulturellen Aspekte der geforderten Solidarität
- Verweis auf lokale und regionale Verwurzelung von Menschen

Kritikwürdig ist:

- schlichte Plädoyers für lokale Patriotismen (analytische Engführung)
- Strikte Unterscheidung zwischen Asyl und Migration

„Einem lokalpatriotischem Blick auf Sozialstaat und Migration fehlt schlicht das Bewusstsein für den Epochencharakter der Migrationsfrage und die menschenrechtsorientierte Empathie für Flüchtlinge. Und die strikte Unterscheidung zwischen Asyl und Flucht sowie Arbeitsimmigration läuft Gefahr, die Dramatik der sozialen Lebenssituation derer zu unterschätzen, die ‘nur’ aus sozialen Gründen nach Europa fliehen.“

Vorschlag einer linken Positionierung für die Migrationspolitik in sieben Kernpunkten:

Soziale Klassenpolitik und linker Internationalismus

1. Unbedingte Solidarität mit den Flüchtlingen
2. Klare Haltung und Antirassismus muss korrespondieren mit kapitalismuskritischen Realanalysen und entsprechenden Politiken.
3. Auseinandersetzung über die Rolle des Staates; institutionelle Transformationen; Umbau der sozialen Sicherheitssysteme zur Teilnahme auch von Migrant*innen; Sozialintegration für Flüchtlinge in Arbeitsmärkte, Bildung, soziale Sicherheit. **„Sozialpolitische Interventionen in die kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse sind keine Blockaden, sondern Voraussetzungen der Fundierung der normativ begründeten Solidarität.“**
4. Modelle regulierter Migration sollten nicht gleich unter Rassismusverdacht gestellt werden; Nachdenken über normativ und gesellschaftlich verantwortbare Migrationsregeln; Spannungsverhältnis zwischen offenen Grenzen und Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates, Positionierung dazu nicht scheuen; Fixierung des Sozialen auf das Nationale führt zu restriktiven Politikempfehlungen; Integration der Migrant*innen in den Arbeitsmarkt; Besteuerung von Profiten, Vermögen und hohen Einkommen.

„Unabgeholte Emanzipationsaufgaben im Kapitalismus“

5. Klassen- und Anerkennungsfragen kein Gegensatz; Beachtung der intersektionalistischen Ansätze in der Sozialforschung und dem us-amerikanischen Feminismus;
Beharrung auf linken Anerkennungspolitiken, auf Emanzipationsinteressen von Frauen, Immigranten....
Entsorgung von Kapitalismus- und Klassenfragen bei den Linken führt analytisch in die Irre;
Rechtspopulismus lässt sich kaum begreifen, wenn Deprivation, Abwertung und Repräsentationslücken außen vor bleiben.

„Menschen werden nicht als Rassisten geboren, sie werden zu solchen (gemacht). Und wer das ändern will, muss sich um das ‘Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse’ (Karl Marx) kümmern, das sie prägt. Das es weder Sympathie noch Rechtfertigung bedeutet, diese ‘realen Gründe’ von ‘Verbitterung und Empörung’ als Ansatzpunkte für Gegenstrategien anzuerkennen, sollte nicht weiter begründet werden müssen.“ (Verweis auf Hardt/Negri, lesen Bl. 6/2018)

6. Klassenpolitisch informierte Anerkennungspolitik erkennt die Spaltungslinien;
Entfaltung von solidarischen Politiken;
Überbrückung sozialer und kultureller Spaltungen;
Gewerkschaftliche Anforderungen an eine Integration von Migranten in den Betrieben;

„Gefordert ist inklusive Klassensolidarität“

Auch für die Flüchtlinge außerhalb von Erwerbsarbeit;
Ihr Recht auf materielle Subsistenz und soziale Integration muss anerkannt werden;
Strategien der Selbstermächtigung der Geflüchteten;
Einbeziehung in soziale Interessenkämpfe;
Ziel ist nicht gutgemeinte Fürsorge sondern die Sozialintegration autonomer Subjekte:
„Der in der Migrationsdebatte omnipräsente Paternalismus stabilisiert den Opferstatus der Eingewanderten und stellt ihre Entmündigung auf Dauer.“

7. Adäquate internationalistische Perspektive einnehmen;
Kooperative Unterstützung lokaler Initiativen zur Selbstorganisation in den Herkunftsländern;
Beachtung der geostrategischen Machtpolitik und der Intervention aus den Zentren, die natürliche Lebensgrundlagen zerstören.

„Für eine mosaiklinke Diskurskultur“ 1

Was kann von beiden Positionen übernommen werden für eine mosaiklinke Strategie in der Migrationsfrage?

- Menschenrechtsbasierter Universalismus und die darauf beruhende Solidarität mit den Geflüchteten ohne die Attitüde moralischer Unfehlbarkeit. Die Anstrengungen der Aufnahmegesellschaft dürfen nicht geleugnet werden.
- Sozialstaatliche Solidarität: Hier werden die ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen der normativen Solidarität anerkannt. Kritisiert werden die analytische Engführung, politische Uneindeutigkeiten und die emotionale Kälte gegenüber den Geflüchteten. Verbunden damit ist der Anspruch auf eine umfassende Sozialreform, die die traditionellen, auf dem Staatsbürgerrecht beruhenden Sozialstaatsstrukturen öffnet.

Damit seien die Probleme weder angesprochen noch gelöst:

„Welche verteilungspolitischen Erfolge müssen realisiert werden, um die materiellen Ressourcen einer Politik der offenen Grenzen zu ermöglichen?“

Welche Diskurse sind wie zu organisieren, um gesellschaftliche Zustimmung zu sichern und rechte Instrumentalisierungsversuche zu kontern?

Und: Existiert auch für solidarische Einwanderungsgesellschaften ein Tipping-Point, an dem das normativ begründete Postulat möglichst weit geöffneter Grenzen die Absorptionskapazitäten der Gesellschaften überfordert? Wenn ja, wo liegt er und wie könnte er hinausgeschoben werden?

„Für eine mosaiklinke Diskurskultur“ 2

Zur Verständigung zwischen den beiden Positionen sollte zunächst über eine neue Diskurskultur nachgedacht werden;

Kein Hantieren mit der Rassismuskeule;

Analytische Durchdringung und strategische Bewältigung einer Epochenaufgabe ist gefragt;

Klare Standpunkte und Null-Toleranz gegenüber Nationalismus und Rassismus;

Kooperation mit kritischer Sozialforschung;

Keine apodiktischen Setzungen, sondern prinzipiell kritische Haltung gegenüber schnellen Antworten.

„Die Beteiligung an einem normativen Rigorismus, der auf komplexe soziale Fragen mit pathetischen Bekenntnissen statt mit theoretischer und empirischer Forschung antwortet, käme einem Verrat an den Prämissen kritischer Wissenschaft gleich.“

„Postkapitalismus als Perspektive?“

„Die Dynamiken der finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation werden immer wieder soziale Prekarisierung und kulturelle Abwertungen befördern; die Besitz- und Machtverhältnisse werden weiter die notwendige Umverteilung von Ressourcen blockieren; und politische Demokratie wird von autoritären Krisenlösungsversuchen bedroht und fragil bleiben. Trifft diese Einschätzung zu, muss die Debatte über eine mosaiklinke Migrationspolitik um die Perspektiven einer postkapitalistischen Gesellschaft erweitert werden.“